

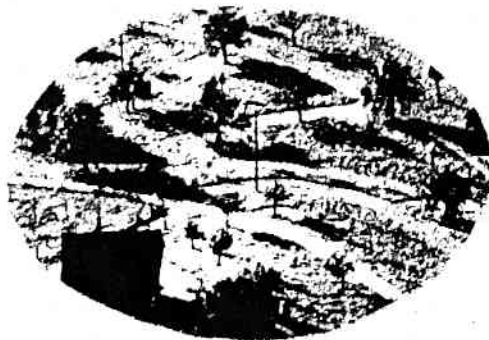
BARRIERE

Zeitung der Politischen Arbeitsgruppe Risch

GLEIS 3

Herbst 1992

Nr. 10



Editorial

Landauf und landab wurde die Gemeindeversammlung bis anhin als Inbegriff der Demokratie gepriesen. So auch in der Gemeinde Risch. Und wehe dem, der an diesem Lack kratzen wollte. Eine Verurteilung war ihm so gut wie gewiss. Die letzten paar Gemeindeversammlungen in unserer Gemeinde waren nun aber leider keine Werbung für demokratische Auseinandersetzung und schon gar nicht für guten Ton und Politikultur. Die Versammlungen gingen jeweils in der Presse weiter und trotz Rechtfertigungen, Gegendarstellungen, Nach- und Spätlesen wurde der "Tropfen" nicht besser. Im Gegenteil, er stiess sauer auf. So sauer, dass doch einige Bürgerinnen und Bürger zum letzten Mal an einer Gemeindeversammlung teilgenommen haben wollen. Diese Stimmen sollten den Gemeinderat, sicher aber auch die politischen Parteien hellhörig machen. Woran mag es liegen, dass die Versammlungen zum Teil erst nach Mitternacht zu Ende gingen und das "Gekätsch" kein Ende nehmen wollte? Waren die Traktandenlisten zu überladen, die Informationen zu schwach oder zu wenig offen? Lag es an der Führung oder an der Art und Weise, wie Geschäfte vortragen wurden? Oder haben sich ganz einfach die unglücklichen Um-

stände über die letzten Jahre derart kumuliert, dass es zu dieser giftigen Atmosphäre kommen musste? Der Fragen wären noch viele, die Antwort aber wird nicht leichter. Sicher mussten an den letzten Versammlungen z.T. Traktanden behandelt werden (Dorfkernplanung, Bebauungspläne etc.) die die Emotionen automatisch etwas höher gehen liessen. Schwierige Entscheide für die Zukunft und damit für die Entwicklung unseres Dorfes waren zu fällen. Davon betroffen waren immer auch Grundeigentümer mit ihren ganz privaten Interessen, aber auch mit den Sorgen um ihre eigene Zukunft. Solche Entscheide mussten allerdings immer schon getroffen werden und dürften kaum allein für das politische Klima verantwortlich sein. Das Misstrauen in die Behörde ist unzweifelhaft gewachsen. Aus eigener Erfahrung muss ich aber leider auch feststellen, dass das Vertrauen ganz bewusst missbraucht und hintertrieben wird. Dieser Stil setzt sich dann wie ein roter Faden durch die Gemeindeversammlung fort, vergiftet das Klima und endet meist in allseitiger Besserwisserei und Fertigmacherei, so dass der Abend zum schlechten Spektakel verkommt. Diese Entwicklung muss zu denken geben und ich mache mir ernsthaft Sorgen um die

Zukunft der Gemeindeversammlung. Munter schreitet nämlich die Demontage der demokratischsten aller Institutionen voran. Dem Gemeinderat stellt sich die nicht leichte Aufgabe, verlorenes Vertrauen zurückzuholen. Dies kann nur über wieder vermehrtes "Sich öffnen" gelingen, so dass die verhärteten Fronten aufbrechen können. Die politischen Parteien und ihre Exponenten haben allerdings den ihren Teil an Verantwortung ebenfalls beizutragen. Eine Gemeindeversammlung ist kein Schauspiel mit schlechten Schauspielern aber immer gutem Publikum. Gemeindeversammlung heisst politisieren, mit mehr oder weniger guten Argumenten, hüben wie drüben. Betreiben wir die Politik doch so, wie es die politischen Parteien in ihrer Wahlpropaganda versprochen haben. Dann freue ich mich auf die nächste Gemeindeversammlung.

Daniel Zülle.
Gemeinderat

Inhalt

Editorial	<i>Daniel Zülle</i>	2
Rischer Ortsplanung	<i>Thomas Kumpera Josef Kaufmann</i>	3
Hotelneubau in Buonas	<i>Ursula Z'Graggen Gisela & Thomas Hauser</i>	5 7
Spieglein an der Wand... (Gespräch über die Majorz-Initiative)	<i>Christine Hausherr</i>	8
500 Anòs (Interview, Sammelaktion, Buchtips)	<i>Thomas Kumpera Gisela Hauser</i>	10
Pro und Kontra NEAT	<i>Thomas Hauser Joseph Bürgler</i>	14 15

Impressum

Barriere Nr. 10
Rotkreuz, Herbst 1992

Auflage: 2000
2-3 mal pro Jahr

Herausgeber:
Vorstand GLEIS 3

Titelbild: Rotkreuz um 1967

**Adresse für LeserInnen-
Meinungen und Anregungen:**
Politische Arbeitsgruppe Risch
GLEIS 3
6343 Rotkreuz
Telefon 64 19 24 oder 64 35 42

Spendenkonto:
Raiffeisenbank Rotkreuz:
PC 60-5726-6, Konto GLEIS 3

Rischer Ortsplanung

Seit 1988 beschäftigen wir uns und Sie mit dem Thema "Ortsplanung". Möglich, dass es ermüdend ist, sich über vier Jahre hinweg immer wieder aufzuraffen und den komplexen Fragen und Themen zu stellen. Möglich auch, dass die ganze Ortsplanung schneller und trotzdem mindestens ebenso (un)befriedigend hätte überarbeitet werden können. Doch all dies lässt sich heute nicht mehr ändern, war und ist doch die ganze Arbeit geprägt vom Stil der zuständigen Behördenmitglieder, doch dazu später.

Seit Beginn dieser Ueberarbeitung hatte Gleis 3 immer wieder seine Forderungen formuliert (vgl. Barrieren 1 - 10), haben unsere Vertreter in den Kommissionen und im Gemeinderat Anträge gestellt und in Zusammenarbeit mit Umweltschutzorganisationen Einsprachen zum Teil bis vor Bundesgericht gezogen. Wir reichten zwei Motionen ein, die beide grosse Diskussionen provozierten und im Falle "Planungszone für das Industriegebiet" gar nur knapp abgelehnt wurde. Zuletzt versuchten wir im Rahmen des Einspracheverfahrens zur Ortsplanung mit zwölf Anträgen noch einmal Änderungen einzubringen. Der Gemeinderat ging auf einige dieser Anträge ein, andere zog der Vorstand zurück. Geblieben sind fünf Anträge, die uns nach wie vor sehr wichtig scheinen und für die wir uns wehren wollen:

VERKEHR

Die im Verkehrsrichtplan vorgesehenen Strassenprojekte "Nordzufahrt Industrie West" und die sog. "Ostumfahrung" resp. SBB-Unterquerung sollen nicht im Verkehrsrichtplan aufgenommen werden. In unserer Gemeinde wird in nächster

Zukunft die Lösung des Verkehrsproblems zu einer Hauptaufgabe. Viele RotkreuzerInnen leiden unter dem hohen Schadstoffanteil in der Luft und der teilweise extremen Lärmbelastung durch Privat- und Lastwagenverkehr. Immer mehr Gefahren lauern für FussgängerInnen und VelofahrerInnen (vor allem SchülerInnen und ältere Personen). Diese Verkehrsproblematik jedoch mit zusätzlichen neuen Strassen Herr werden zu wollen, ist unseres Erachtens falsch. Je mehr versucht wird, mit neuen Strassen, Unterführungen und Verkehrsverflüssigungen das Verkehrsaufkommen bewältigen, desto schneller dreht sich die Spirale, welche neuen Verkehr produziert.

Nordzufahrt Industriegebiet West

Diese zusätzliche Erschliessung des Industriegebietes muss unbedingt vermieden werden; eine weitere Attraktivitätssteigerung des privaten motorisierten Verkehrs darf im Interesse unserer schon heute zu stark belasteten Umwelt nicht gutgeheissen werden. Die Erschliessung des Industriegebietes muss mit dem weiteren Ausbau des öffentlichen Verkehrs sichergestellt werden. Nur so findet das gewünschte Umsteigen auf den öffentlichen Verkehr statt.

"Ostumfahrung" resp. SBB-Unterquerung

Diese "Ostumfahrung" soll aus dem Verkehrsrichtplan gestrichen werden, weil wissenschaftliche Untersuchungen belegen, dass Umfahrungsstrassen Ortskerne nur vorübergehend entlasten, wenn überhaupt. Schon bald wird durch die

gesteigerte Attraktivität des Strassennetzes Mehrverkehr zu beobachten sein. Die im Verkehrsrichtplan enthaltene SBB-Unterquerung (sog. Ostumfahrung) ist zudem alles andere als eine Umfahrungsstrasse. Man muss sich realistisch fragen, welchen Verkehr diese zusätzliche Strasse aus unserem Dorf eliminieren kann. Höchstens die Postkunden von der Nordseite des Dorfes und dieses Problem kann durch betriebliche und organisatorische Massnahmen billiger und effizienter gelöst werden. Diese Strasse wird zusätzlichen Verkehr in unser Dorf bringen, dorthin wo ein grosser Teil des Dorflebens stattfinden soll (Dorfzentrum, Altersheim, Sportplätze und sog. Freiraum). Auch wird diese Strasse mit Sicherheit keine Reduktion des Motorfahrzeugverkehrs im Dorfkern zur Folge haben. Die geplanten attraktiveren Einkaufsläden (MIGROS, COOP) mit den unzähligen neuen Parkplätzen werden im Gegenteil zusätzlichen Verkehr hervorrufen. Es ist vorauszusehen, dass viele im Industriegebiet Rotkreuz Erwerbstätige nach Arbeitsschluss in unserem Dorf ihre Einkäufe tätigen werden und diese SBB-Unterquerung dann auch benützen werden, um in unser Dorfzentrum zu gelangen. Lärm- und Luftbelastung werden noch mehr zunehmen und die Wohn- und Lebensqualität wird sinken.

Einschränkung der Ladenparkplätze

Der Grenzbedarf an Parkplätzen für Läden des täglichen Bedarfs soll analog Musterparkplatzreglement berechnet werden, d.h. einen Parkplatz pro 75 m² Bruttogeschossfläche für BesucherInnen und Kundinnen sowie einen Parkplatz pro

200 m² für Beschäftigte. Diese technischen Berechnungen sind zwar für viele von uns ziemlich unverständlich, sie stützen sich aber auf das Musterparkplatzreglement, welches versucht, die Richtwerte der Luftreinhalteverordnung zu erreichen. Weil das Angebot an Parkplätzen direkt zusammenhängt mit der Attraktivität des privaten motorisierten Verkehrs, sollte bei Läden, die sowieso im Dorfkern sind (vgl. Dorfkernplanung), die Anzahl Pflichtparkplätze herabgesetzt werden. Kommt hinzu, dass es im Dorfkern sehr schwierig ist, Raum für Parkplätze zu finden, und dass dieses Gebiet optimal mit öffentlichen Verkehrsmitteln erschlossen und von den Wohngebieten rasch zu Fuss oder mit dem Velo erreichbar ist.

SIEDLUNG

Industrie-, Gewerbe- und Dienstleistungszone

Das Gebiet östlich der Birkenstrasse, welches gemäss Zonenplanaufgabe als Industrie- und Gewerbezone bezeichnet ist, soll neu vollumfänglich der Wohn- und Gewerbezone zugeteilt werden. Unter Voraussetzung dieser Aenderung könnte von der vorgesehenen Etappierung abgesehen werden, weil mit einer Mischzone den unterschiedlichen Bedürfnissen Rechnung getragen werden kann. Als Lärmschutz entlang des Bahnareals braucht es eine gewerbliche Nutzung. Das Gebiet zwischen den gewerblichen Lärmschutzbauten und der Landwirtschaftszone eignet sich sehr gut für eine Wohnnutzung. Dieses Wohngebiet grenzt unmittelbar an den Wohndorfkern und ist somit nahe beim Bahnhof, Schule und Dorfzentrum. Mit einer solchen gemischten Nutzung kann ein ausgeglicheneres Verhältnis zwischen Wohnungen und Arbeitsplätzen erreicht wer-

den. Damit könnte die Gemeinde mehreren Anliegen nachkommen. Der Wohnungsmarkt ist ausgetrocknet. Es würde sowohl Wohnraum geschaffen wie auch die grosse Industrie-, Gewerbe- und Dienstleistungszone verkleinert ohne schadenersatzpflichtig zu werden.

Schutz des lokalen Kleingewerbes

Der Paragraph 47 der Bauordnung (Industrie- und Gewerbezone) sei so zu ergänzen, dass der Anteil an effektiv genutzten Geschossflächen für Fabrikations- und Produktionsstätten sowie für Lagerbetriebe mindestens 50% betragen muss, wobei Ausstellungs- und Verkaufsflächen nicht zu diesem Anteil zählen. Die Entwicklung der letzten Jahre hat dazu geführt, dass Gebäude mit vorwiegender Büronutzung erstellt wurden. Um eine einseitige und somit anfällige Wirtschaftsstruktur mit übermässigem Dienstleistungsanteil zu vermeiden, muss ein gewisser Anteil an industrieller und gewerblicher Nutzung sicher gestellt werden. Dieser vorgeschriebene Nutzungsanteil schützt die Industrie und das lokale Gewerbe vor der Verdrängung aus unserer Gemeinde.

Auch wenn die momentane Wirtschaftslage die rasante Entwicklung "natürlich" gebremst hat, dürfen wir uns nicht vom Argument einlullen lassen, dass die Wirtschaft alles selber regle. Wir wollen ein Planwerk, das die Regeln und Riegel für die nächsten 15 Jahre setzt, so dass auch die nächste Generation nicht vor vollendeten Tatsachen stehen muss. Wir haben es in der Hand, unser Wachstum zumindest teilweise mitzusteuern. Warum sollten wir es der wirtschaftlichen Entwicklung alleine überlassen?

Können wir überhaupt noch mitreden?

Bis Mitte August dachten wir alle, die gesamte Bevölkerung wie auch der Gemeinderat selber, dass an der Gemeindeversammlung über jeden Aenderungsantrag einzeln abgestimmt werde. Dies versprach auch der Gemeinderat in seinem Brief vom 24.4.1992: "Ueber unerledigte Einsprachepunkte wird die Gemeindeversammlung am 28. September 1992 einzeln abstimmen müssen." Dann allerdings hat der Gemeinderat sechs Wochen vor dem Gemeindeversammlungstermin in eigenmächtiger Weise die Versammlung ab- und eine Urnenabstimmung angesetzt. Vielleicht aus Furcht vor einer Monsterversammlung (die letzten beiden Gemeindeversammlungen lassen grüssen), vielleicht in Einsicht seiner Unfähigkeit, fair und speditiv eine solche Versammlung zu leiten, setzt der Gemeinderat uns StimmbürgerInnen nun nur seine Variante vor, in der Meinung, mit einem Ja seien alle Einsprachen und Aenderungsanträge abgelehnt. Einzelne Punkte, wie oben versprochen, können nicht geändert werden. Was bleibt uns da noch, als diese Ortsplanung und damit vor allem auch dieses Vorgehen mit einem wuchtigen NEIN zu missbilligen?

Thomas Kumpera
Josef Kaufmann

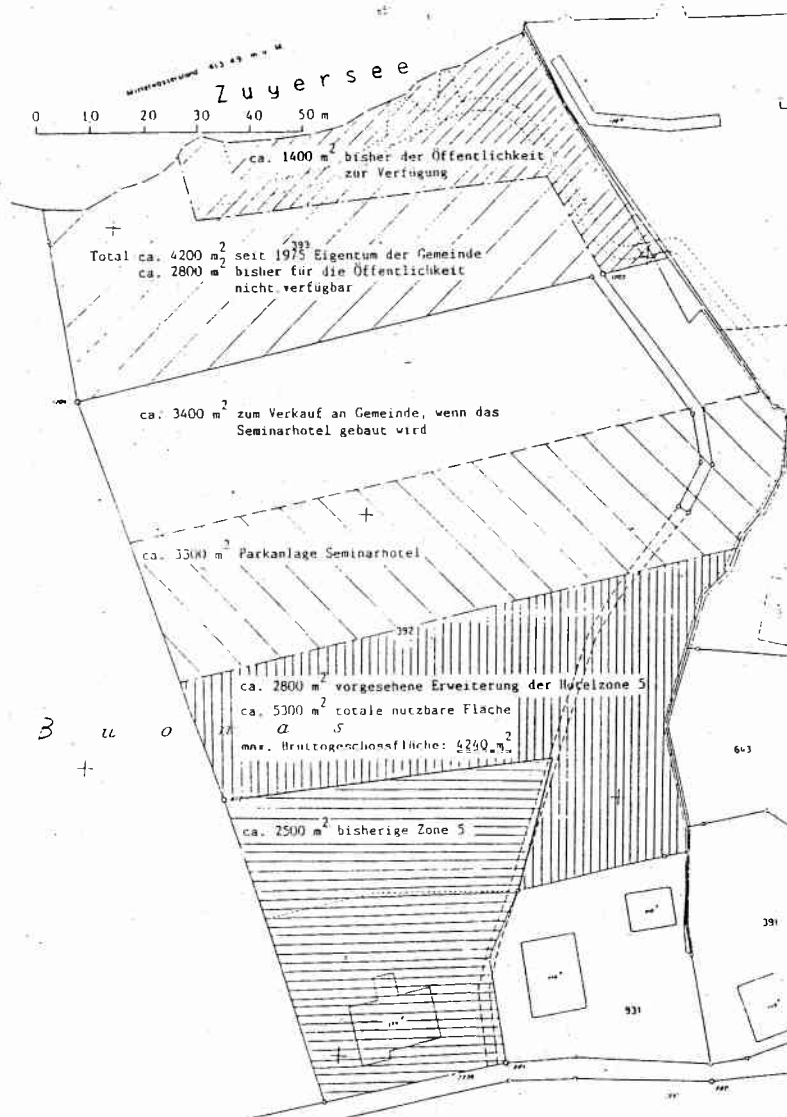
HOTELNEUBAU IN BUONAS - GEGEN DAS ÖFFENTLICHE INTERESSE

Bietet sich der Standort bei der Buonaser Chilbischeune für einen Hotelneubau an? Diese Frage muss die Stimmbürger von Risch am 27. September brennend interessieren. An diesem Tage lässt der Gemeinderat von Risch über die Genehmigung der Bauordnung und des Zonenplanes an der Urne abstimmen. Separat abzustimmen haben die Bürger an diesem Tage über die heftig umstrittene Erweiterung der Bauzone 5 (Hotelzone) in Buonas.

Die jetzige Bauparzelle von ca. 2500 m² wurde durch die Regierung am 1. April 1975 für einen Gastgewerbebetrieb, als Ersatz für das Gasthaus Rössli, genehmigt. Das Gasthaus wurde damals von den jetzigen Besitzern zu Wohnungen umfunktionierte. In der Zwischenzeit hat sich die Interessenlage der Eigentümer grundlegend geändert. Zur Diskussion steht nicht mehr ein selbst geführter Gastbetrieb. Die Erben wollen diese Parzelle vielmehr verkaufen. Verkaufen an die Deggö-Generalunternehmung, Tochter der ELVIA-Versicherung. Zusammen mit einer nicht näher bekannten Gruppierung aus der Industrie wird an dieser landschaftlich empfindlichen Lage ein Hotel geplant. Betriebswirtschaftliche Berechnungen haben jedoch ergeben, dass auf der jetzigen Parzelle mit 1200 m² Nutzfläche kein wirtschaftlich rentierendes Hotel möglich ist. Die Promotoren verlangen deshalb eine Erhöhung der Nutzfläche auf 4240 m² (...). Sie wollen ein Seminarhotel mit 70 - 80 Zimmern und einem Restaurationsbetrieb von 70 - 120 Plätzen realisieren. Die von ihnen geschätzten Baukosten belaufen sich

auf ca. 15 Mio. Franken. Um diese Nutzfläche zu gewährleisten, müssten neu rund 3000 m² wertvolles Landschaftsland eingezont werden.

Bei einer zweigeschossigen Überbauung würden dabei satte 40% der ca. 5500 m² grossen Parzelle überbaut!



Situationsplan der umstrittenen Zone

Schützenswerte Landschaft

Dass gegen dieses Vorhaben schwerste Bedenken am Platze sind, beweist die Stellungnahme der Baudirektion des Kantons Zug im Vorprüfungsbericht vom 11.7.1990 zur revidierten Ortsplanung: "Die Baudirektion ist gegen die Mehrzonierung von ca. 2785 m² Bauland und die damit verbundene seeseitige Verschiebung der Siedlungsbegrenzungslinie von 21.5 m." Doch nicht nur der Kanton stellt sich gegen dieses Vorhaben. Auch der WWF-Schweiz und der Schweizerische Heimatschutz haben bei der Gemeinde Einsprache eingereicht. Nebst der unzulässigen Verschiebung der Siedlungsbegrenzungslinie gibt es eine Reihe weiterer kritischer Punkte zu beachten. Der Ennetsee ist ein LANDSCHAFTSRAUM von hohem biologischem und landschaftlichem Wert. Im Bundesinventar schützenswerter Landschaften wird besonders das Gebiet zwischen Chollermühle und Immensee hervorgehoben. Es handelt sich um eine weitgehend unberührte Seeuferlandschaft mit breiten Schilfgürteln und urgeschichtlichen Seeufersiedlungen. Unter dem Landschaftsraum Ennetsee versteht man aber nicht nur den See selber, sondern auch seine Umgebung bis hin zu den Hauptverkehrswegen. Ziel muss es sein, dieses grossartige Erbe zu erhalten und wo immer möglich aufzuwerten.

Das Seminarhotel käme zudem fatalerweise in das ORTSBILD-SCHUTZGEBIET von Buonas zu liegen! Nicht weniger als fünf Bauten, in unmittelbarer Nähe der diskutierten Parzelle, sind als wertvolle baugeschichtliche Kulturobjekte im kantonalen Richtplan eingetragen. Der prächtige Seehof mit seinem Speicher gehört zum Beispiel zu diesen unter Schutz gestellten Häusern.

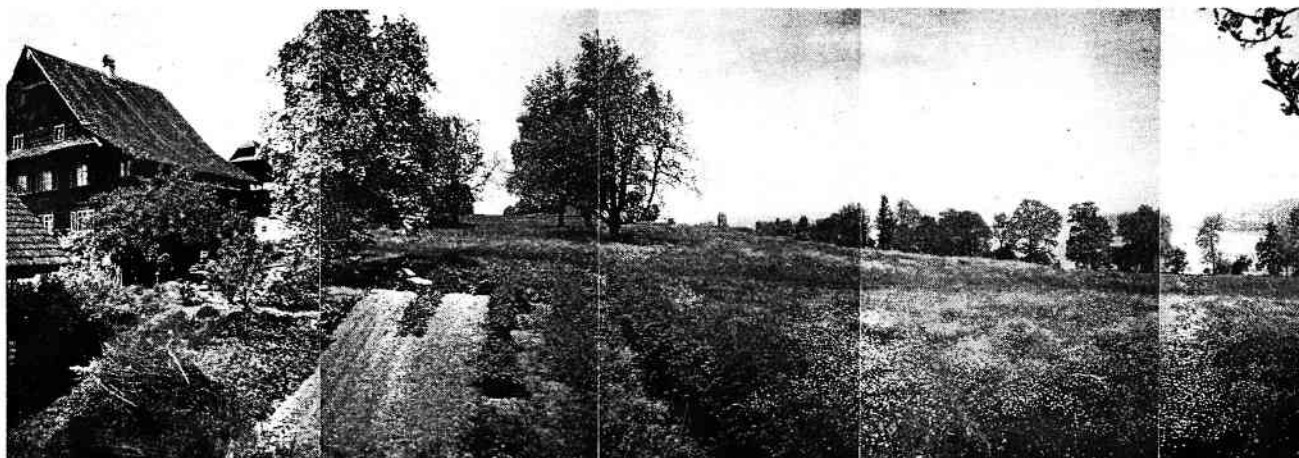
Das eidgenössische Gesetz über den Natur- und Heimatschutz verlangt klar und deutlich, dass das Heimatlische Ortsbild in bestmöglicher Weise und, wo das allgemeine Interesse überwiegt, ungeschmälert zu erhalten und zu schonen ist. Schonung heisst aber nicht eine etwas "gefälliger" Ausführung der Bauwerke, sondern eine Beschränkung der baulichen Interventionen auf ein Minimum!

Das Raumplanungsgesetz verbietet den Ausbau von Nebengebäuden in der Landwirtschaftszone. Der Seehofspeicher etwa dürfte nicht zu Wohnzwecken gebraucht werden, ein Neubau von erheblichem Ausmass soll dagegen in derselben Zone möglich werden. Das geplante Hotel, mit einer Nutzfläche fast so gross wie die vom Parkhotel in Zug, könnte sich in die gegebene Landschaft und Baustruktur unmöglich harmonisch einfügen. Nicht nur der Baukörper wäre störend, auch die entstehenden Immissionen wären für Buonas von grossem Nachteil. Täglich müsste man mehrere hundert Fahrzeugbewegungen in Kauf nehmen und es wäre mit ca. 80 zusätzlichen Parkplätzen zu rechnen!

Im Lagebericht 1991 des Hoteliervereins wird festgehalten, dass die Schweizer Hotellerie eine ungenügende Rendite erwirtschaftet und unter einem enormen Kostendruck stehe. Der Verschuldungsgrad bleibe über alle Kategorien gemessen in etwa konstant bei ca. 80%. Das Hotelsterben soll den Kulminationspunkt noch nicht überschritten haben. Firma Interrapp Holding AG, Rotkreuz, baut an der Buonaserstrasse an einer geeigneten, zentralen Lage bereits ein grösseres Hotel. Das Parkhotel in Zug ist seit jeher nicht ausgebucht und steckt in finanziellen Schwierigkeiten. Ein weiterer Hotelbedarf ist nicht gegeben.

Doch all dies scheint die Gemeindeväter von Risch nicht zu kümmern, versuchen sie doch dem Stimmvolk weiszumachen, dass, bei der Annahme der Zonenerweiterung, die Gemeinde 3400 m² Land für die Öffentlichkeit erwerben könne. Beharrlich verschwiegen wird aber, dass die Gemeinde bereits seit 1970 Eigentümerin von 4200 m² Land am Seeufer von Buonas, direkt vor dem projektierten Hotel, ist. Davon wurde aber bis jetzt lediglich 1400 m² der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt. Das Argument, dank eines Hotelneubau könne die Gemeinde die Seeuferpromenade erweitern, hinkt. Bereits heute sind 2800 m² Land vorhanden, welches alle Rischern gehört und den Bewohnern als Naherholung vorenthalten bleibt! Undurchsichtig bleibt also, wieso der Gemeindepräsident so vehement versucht, die Zonenerweiterung bei den Rischern durchzuboxen, unter Missachtung aller ökologischen Kriterien.

Ursula Z'Graggen-Amman

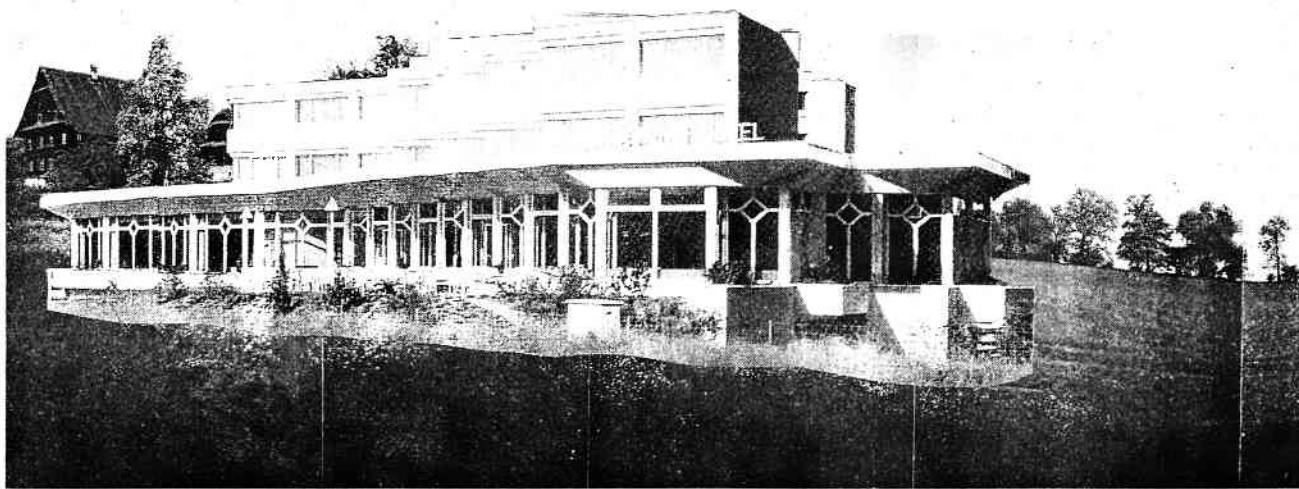


Brauchen wir ein Hotel in Buonas?

- Ist es wirklich nötig, einen gediegenen Gastronomiebetrieb in Buonas hinzustellen, wenn im Kanton Zug genügend Seminarhotels herumstehen?
- Entspricht es wirklich einem Bedürfnis der Gemeinde, wenn gleichzeitig ein Motel in Rotkreuz gebaut wird?
- Braucht es jetzt neue Kongresszentren, wenn durch die Rezession viele Firmen von diesem Angebot mässig Gebrauch machen, und deshalb einige Hotels "keuchen"?
- Warum muss die Gemeinde der Umzonung zustimmen, um einen angeblich umweltverträglichen Seepark zu erhalten, wenn bereits die ganze Parzelle 393 der Gemeinde gehört?
- Warum zeigen Mitglieder des Gemeinderates so ein immenses Interesse an einer Umzonung?
- Warum sollen wir Rischer ja stimmen und dadurch wertvolles Agrarland verbetonieren oder überteeren?
- Wo bleibt die Wahrung des Seeuferschutzgebietes?
- Warum meldet schon seit einigen Jahren der Heimat und Naturschutz des Kanton Zugs Bedenken an?
- Warum lehnen WWF Zug/Luzern und WWF Schweiz das Projekt ab?
- Weshalb will die Baudirektion des Kantons Zug dem Bauvorhaben nicht zustimmen?
- Was denken Sie, wieviele der Hotelgäste mit öffentlichen Verkehrsmittel anreisen werden?
- Muss das geplante Seminarhotel in Buonas so gross werden, wie das Seminarhotel in Unterägeri?
- Müssen wir das Dorfbild Buonas in seinem ureigensten Kern durch so einen massiven Eingriff verändern?
- Habt Ihr BuonasernInnen keine Bedenken, über den zu erwartenden Betriebsverkehr zum Hotel?
- Wäre ein Standort an der Rischerstrasse aus umweltverträglichen Gründen nicht angebrachter?
- Muss nur des Geldes Willen einiger weniger eine idyllische Landschaft ihren Charakter verlieren?
- Was geschieht mit der traditionellen Buonasner Chilbi, auf deren Areal der Neubau zu stehen kommt?

- **Brauchen wir ein Hotel in Buonas? Nein danke!**

Gisela & Thomas Hauser-Trösch, Buonas



Das Bild zeigt das etwa gleichgrosse Seminarhotel Unterägeri in der Buonasner Landschaft!

SPIEGLEIN, SPIEGLEIN, AN DER WAND, WER.....

Mitte Mai dieses Jahres hat die CVP des Kantons Zug die Majorz-Initiative gestartet. In der zugerischen Parteilandschaft stiess die Initiative auf wenig Gegenliebe: SP und SGA veröffentlichten Stellungnahmen, die sich vehement gegen das Begehren wandten, der zweite Sitz der Linken im Regierungsrat, oder gar beide, wären nämlich dann gefährdet. Die FDP hatte in den letzten Jahren schon zweimal selber eine andere Variante des Wahlverfahrens vorgebracht, nämlich den Nationalratsproporz auch bei den Gemeindewahlen, eine Verbindung der Elemente des Mehrheits- und des Verhältniswahlverfahrens, bei dem sowohl Parteistärken als auch persönliche Stimmen massgebend sind.

Christine Hausherr-Lustenberger war bei einem Gespräch über die Majorz-Initiative zwischen Willi Wismer, Kantonsrat und Präsident der Rischer CVP, und Joseph Bürgler, CoPräsident von Gleis 3, dabei und hat Ausschnitte davon aufgezeichnet. Anzumerken ist, dass zum Zeitpunkt des Gesprächs die Initiative noch nicht zustande gekommen ist, weil die notwendigen 2000 Unterschriften noch nicht beisammen sind.

JB: Welche Gründe veranlassten die CVP, nach 98 Jahren den Listenproporz abzuschaffen und bei Gemeinde- und Regierungsratswahlen den Majorz einzuführen?

WW: Mit Ausnahme des Kantons Tessin sind wir der einzige Kanton, der keine Majorzwahlen kennt. Ein Anlass zum Vorstoss der CVP waren sicher auch die Ergebnisse der letzten Wahlen, ich denke an Cham und auch an Risch, wo Kandidaten nicht mehr gewählt wurden, obwohl sie weit mehr persönliche Stimmen erhalten hatten als andere, die dank des Listenproporz gewählt wurden. Ich finde, die Majorzwahl bietet die ehrlichere und direktere Auswahl; man muss nicht

eine Partei, sondern eine Persönlichkeit unterstützen und wählen, und das ist das entscheidende.

JB: Ich bezweifle, ob Majorzwahlen in Wirklichkeit Personenwahlen sind, wie das immer wieder gesagt wird. Es stimmt theoretisch, dass man beim Majorz keine Partei wählen muss. Aber konkret wählen die StimmbürgerInnen bei Majorz und Proporz die KandidatInnen auf einer Parteienliste. Die WählerInnen benützen bei beiden Wahlarten fast ausschliesslich die Liste der Partei, der sie gesinnungsmässig am nächsten stehen. Namen werden auf diesen Listen eher selten gestrichen, d.h., wenn eine KandidatIn nicht speziell unbeliebt oder ungeeignet ist, bleibt sie automatisch stehen, auch wenn sie nicht eine "echte Persönlichkeit" ist.



So bekommen eben auch beim Majorz die Kandidaten der grössten Partei automatisch am meisten persönliche Stimmen. Dies sah man besonders deutlich an den Ergebnissen der beiden letzten Regierungsratswahlen (nach Majorz) im Kanton Bern. Vor fünf Jahren hatten sich durch die Finanzaffäre mehrere Regierungsräte derart unmöglich gemacht, dass sie massenweise von den eigenen ParteiwählerInnen gestrichen wurden. Dadurch kamen zwei von Ihnen nicht mehr auf die nötigen Personenstimmen, und nur so kam für diese Amtsdauer eine rot-grüne Mehrheit zustande. Vier Jahre später traten die Bürgerlichen mit neuen Namen an, und alle Kandidaten der vereinigten bürgerlichen Liste wurden gewählt. Und die Annahme ist berechtigt, dass noch mehr bürgerliche Regierungsräte gewählt worden wären, wenn sie mehr Namen auf ihre Liste gesetzt hätten, wie schon gesagt deshalb, weil eben die grosse Mehrheit der bürgerlichen Wähler die Parteiliste einwarfen. Und das heisst

im weiteren, dass beim Majorz die Zahl der Regierungsmitglieder der Minderheit vom Entgegenkommen der Mehrheit abhängt.

WW: Das glaube ich nicht. Ich kann mir das nicht vorstellen, rein von der politischen Situation, dass z.B. die CVP auf Regierungsratsebene im Kanton Zug mit vier Kandidaten kommen wird. Wenn wir, also die CVP, in der Gemeinde Risch bei den nächsten Gemeinderatswahl drei fähige Kandidaten stellen würden, ist das nach dem Verlust bei der letzten Wahl sowieso legitim! Ich glaube, dass Dein Argument auch insofern nicht ganz stimmt, als sich doch z.B. in der Stadt Zürich der Majorz durchaus eingependelt hat. Ich glaube auch, dass der Stimmbürger die Reife hat, diese Persönlichkeiten einzuschätzen, und dass das Volk heute viel weniger der CVP als Partei die Stimme gibt, sondern viel mehr den Personen, welche die CVP stellt. Unselig beim Proporz ist doch dass ich gute Leute anderer Parteien effektiv nicht unterstützen kann.

JB: Ich interpretiere die Situation in der Stadt Zürich anders. Für mich ist dort nicht eine sog. links-grüne Mehrheit durch Majorzwahlen in die Regierung gekommen, weil die ZürcherInnen eher Personen als Parteien oder politische Richtungen wählen. Für mich ist diese Mehrheit ganz einfach entstanden, weil in der Stadt Zürich tatsächlich seit einiger Zeit eine knappe Mehrheit "links-grün" stimmt.

WW: Ich habe auch die Erfahrung gemacht, dass Leute, die sich in unserer Gemeinde niederlassen, Mühe haben, das Proporzsystem zu verstehen. Wenn sie aus Kantonen mit Majorz kommen, wundern sie sich, dass man zuerst Parteien und erst in zweiter Linie Personen wählen kann. Ich bin schon sehr lange in der Politik, und habe auch vernommen, dass z.B. früher in unserer Gemeinde gewisse Missbräuche vorgekommen sein sollen, indem man den Ratschlag gegeben habe, diese oder jene Liste einzulegen und einfach noch Kandidaten

aus der andern Partei hinzuschreiben, ohne ihm die genauen Auswirkungen des Proporz zu erklären. Das wäre beim Majorz nicht mehr möglich, ebenso das automatische Nachrücken bei vorzeitigem Ausscheiden aus dem Amt. Auch wurde der Proporz unter andern politischen Verhältnissen eingeführt, als wir sie heute haben. Damals bestanden noch die klassischen Blöcke "liberal" und "konservativ". Dass sich heute SP/SGA/Bunte usw. zu einer Listengemeinschaft zusammenschliessen und vom Proporz profitieren, ist zwar legal, aber das war nicht die Meinung, als man seinerzeit den Proporz eingeführt hat.

JB: Bist Du dagegen, dass 20% Minderheiten auch in der Exekutive direkt mitreden? Mitbestimmen im eigentlichen Sinn können sie ja als Minderheit ohnehin nicht?

WW: Ich persönlich bin nicht gegen ein Mitreden. Aber ich bin ja auch nicht zuständig dafür, wer mitredet. Das ergibt allein die Urnenwahl.

JB: Weder Thomas Kumpere, noch Hanspeter Uster, Jitka Röthlisberger, oder Rolf Gerber wären mit dem Majorzsystem in ihre Ämter gewählt worden. Bist Du auch der Meinung, dass für solche Minderheiten die Hürde zu hoch ist, in eine Exekutive gewählt zu werden, wenn das Majorzsystem einmal eingespielt ist?

WW: Bei Jitka Röthlisberger glaube ich das; die andern Fälle kenne ich zuwenig. Es ist aber klar, dass Majorz oder Proporz nicht automatisch dieselben Resultate ergeben.



JB: Bei Thomas Kumpere ist der Fall ganz klar. Mit den Personenstimmen war er weit hinter den übrigen und auch weit unter dem absoluten Mehr.

WW: Er hätte wahrscheinlich Mühe gehabt, aber auch Sachentscheide sind Mehrheitsentscheide.

JB: Für mich ist das die entscheidende Frage: Wollen wir, dass in den Regie-

rungen von Kanton und Gemeinden die Mehrheitsvertreter unter sich sind, oder ist es nicht besser, wenn Differenzen auch auf der obersten Ebene zur Sprache kommen und ausgetragen werden. Die Mehrheitsverhältnisse werden dadurch ja ohnehin nicht verändert, die spielen nach wie vor. Ich meine, dass es sehr notwendig ist, dass sich z.B. hier im Rischer Gemeinderat die CVP und die LP mit den für die manchmal neuen und ungewohnten Argumenten und Gesichtspunkten auseinandersetzen müssen. Sonst kommt nämlich einiges gar nicht oder erst zu spät zur Sprache und in die öffentliche Diskussion. Für mich genügt es nicht, wenn dies nur auf der unteren Ebene, also bei uns in der Gemeindeversammlung, passiert. Zudem kann man in kleinen Gremien eher besser miteinander reden und einander zuhören.

WW: Das ist sicher eine entscheidende Frage. Es lässt sich für mich schwer beantworten, ob man Minderheiten in einer Exekutive haben will. Die Frage der Sinnhaftigkeit muss sich das Volk bei der Wahl stellen. Es ist sicher wünschenswert, dass z.B. Hanspeter Uster oder Daniel Zülle ihre Arbeit als Regierungs-, bzw. Gemeinderat gut machen. Auf jeden Fall aber verpflichtet es die CVP und auch die LP, die besten Leute zur Wahl vorzuschlagen. Ich kann mir auch vorstellen, dass in Risch bei einer möglichen nächsten Wahl mit Majorz für Gleis 3 nicht nur ein Mandat übrigbleibt. Und es wird auch für uns nicht einfach sein, in Zukunft überhaupt zwei oder gar drei gute KandidatInnen zu bringen. Majorz hin oder her.

JB: Wir Gleiser haben die Erfahrung gemacht, dass ein Gemeinderatssitz weit mehr bedeutet als nur Mitsprache im Gemeinderat. Da die gemeindlichen Kommissionen entsprechend der Sitze im Gemeinderat besetzt werden, erweitert sich unsere Mitsprache damit automatisch auch in die Kommissionen, wo ja wesentliche Arbeit für die Gemeinde geleistet wird. Und noch eins: In der Zeit bevor Thomas Kumpere sein Amt als Gemeinderat antrat, war für uns die politische Mitar-

beit faktisch ausgeschlossen, weil wir im Vergleich zu CVP und LP über so gut wie keine Informationen verfügten, bzw. diese nur sehr mühsam und auf Umwegen beschaffen mussten. Seit wir einen Vertreter im Gemeinderat und Mitglieder in den Kommissionen haben, hat sich diese Situation schlagartig verbessert. Hier haben wir konkret erfahren, wie sehr Information Einfluss bedeutet. Und je mehr BürgerInnen informiert sind und damit auf das politische Geschehen Einfluss nehmen können, um so gesünder sind die politischen Verhältnisse.



WW: Ich gebe zu, dass - nach Einführung des Majorzes und (theoretischen) Nichtwahl des Gleis 3 - Kandidaten - möglicherweise keine Vertreter der Alternativen in Kommissionen vertreten sein können. Das ist aber eine theoretische Möglichkeit. Zu ergänzen ist indessen, dass in Europa in der Regel die Regierung von einer einzigen Partei (oder Koalition) gestellt wird. Diese trägt die Alleinverantwortung und stützt sich im Parlament auch auf eine Mehrheit (z.B. Grossbritannien). Alternative Vertreter - solange sie in der Minderheit sind - bleiben in der Exekutive sowieso an das Kollegialitätsprinzip gebunden. Dass dies z.B. für Regierungsrat Uster nicht immer leicht ist, liegt auf der Hand. Schliesslich aber geht es auf Stufe Exekutive in Kanton und Gemeinde ohnehin regelmässig um einen mehrheitsbedürftigen Sachentscheid, d.h., er muss vor der Gemeindeversammlung oder dem Kantonsrat Bestand haben.

Christine Hausherr-Lustenberger

Bücher zum Thema

500 JAHRE ENTDECKUNG AMERIKAS

Ein vielseitiges Thema, das vor allem auch 1992 in der Literatur seine Spuren hinterlässt. Ich habe in der Fülle der erschienenen Bücher her-umgestöbert und dabei einige interessante Titel entdeckt, die ich Ihnen vorstellen möchte.

Beginnen wir zuerst einmal mit dem Entdecker Christoph Kolumbus. Das Leben dieses eigenwilligen Seefahrers fasziniert immer wieder von neuem. Zahlreiche Biographien sind bereits über ihn geschrieben worden. Empfehlenswert ist sicher das Taschenbuch von Andreas Venzke aus dem Rowohlt Verlag in der Reihe "Rororo Monographien". Der bekannte Historiker und erfahrene Biograph hat hier ein sachlich und fundiertes Buch über das ungewöhnliche Leben des Indienfahrers zusammengestellt. Es ist mit Illustrationen und Zeitdokumenten aufgelockert. Dadurch wird uns der Einstieg in die damalige Zeit wesentlich erleichtert.

Eine äusserst lebendige und umfassende Darstellung der Entdeckung und Eroberung des gesamten amerikanischen Kontinentes durch die europäischen Seemächte verfasste Urs Bitterli. Sein im C.H. Beck Verlag erschienenenes Buch "Die Entdeckung Amerikas" ist Lese- und Handbuch in einem und knüpft damit an die grosse Tradition der erzählenden Geschichtsschreibung an.

Neben all den Biographien und historischen Erzählungen, gibt es erfreulicherweise auch immer mehr "Betroffene" die sich selber zu Wort melden.

Nach der Entdeckung des Kontinentes war die Evangelisation das erklärte Ziel der Europäer. Dass dem heute immer noch so ist, und dabei

Mittel angewandt werden, die eher eine Ausrottung der Ureinwohner an Stelle einer Bekehrung zum Ziele haben, kann man im Buch "Die Missionare" von Norman Lewis nachlesen. Es ist fast unvorstellbar, mit welchen menschenverachtenden Mitteln vorwiegend amerikanische Sekten, teilweise unterstützt von CIA und internationalen Grosskonzernen, operieren. Rücksichtslos gehen sie gegen die Indios vor, um ihre Interessen durchzusetzen. Lewis klagt nicht an, vielmehr will er uns mit seinen, als Reisender gemachten Beobachtungen und Erfahrungen aufrütteln. Denn wenn solche Machenschaften nicht gestoppt werden, sind in wenigen Jahren die letzten Ureinwohner, deren Kulturen und Lebensräume von unserer Erde verschwunden.

Andererseits vermittelt einem das Buch von Siegfried Pater "Der Bischof der Geknechteten: Dom José Rodrigues" einen kleinen Hoffnungsschimmer. Dom José ist Bischof einer Diözese im Nordosten Brasiliens. Er hat mächtige Gegner, vor allem die in der Gegend ansässigen Grossgrundbesitzer und die örtliche Polizei. Er wurde bereits einige Male verhaftet und entführt. Trotzdem lässt er sich nicht einschüchtern. Vielmehr versucht er im Dialog die Unterdrückten zu bekehren. Durch sein Eintreten für die arme Bevölkerungsschicht ist José Rodrigues über die Grenzen seines Landes hinaus bekannt geworden und bedeutet Hoffnung für viele Unterdrückte in Brasilien.

Im Buch "Der gekreuzigte Kontinent" von Horst Goldstein wird über eine Indianerversammlung berichtet, die von der Bischöflichen Kommission für Indianerfragen in Mexiko angeregt wurde. Es ist ein Zeugnis

indianischen Denkens und Fühlens. Eine Bestandesaufnahme der Verletzungen und Spuren, die 500 Jahre Evangelisierung bei den Betroffenen hinterlassen hat. In diesem Buch melden sich in einfacher und anschaulicher Sprache die Opfer, die Leidtragenden von gestern und heute selbst zu Wort. Es sind leise und nachdenkliche Stimmen. Es bleibt zu Hoffen, dass sie im Jubel der Feierlichkeiten nicht überhört werden.

Eduardo Galeanos Texte haben Buchhandel und Lesergleichermassen aufhorchen lassen. Er wurde in Montevideo geboren, musste wegen seiner politischen Aktivitäten ins spanische Exil flüchten und konnte erst vor sechs Jahren nach Uruguay zurückkehren. Jetzt endlich kann er seine engagierten Texte auch in der Heimat veröffentlichen. Im deutschen Sprachraum sind einige seiner Titel im Peter Hammer Verlag erschienen. Er schreibt realistisch und sehr zeitkritisch. Es gelingt ihm, seine Leser mit eindringlicher und prägnanter Sprache zu fesseln. Er versteht es in seinem Buch "Die offenen Adern Lateinamerikas" versteht er es, 500 Jahre Kolonialherrschaft auf eine faszinierende und beeindruckende Art zu beschreiben. Nach der Lektüre sind wir zumindest teilweise in der Lage, das Phänomen Lateinamerika besser zu verstehen.

Ganz besonders hat mich auch die Stellung der Frau in der südamerikanischen Gesellschaft interessiert. Da stellt sich natürlich gleich die Frage, ob sie, die Frau, in der Literatur überhaupt vertreten ist. Nebst weltbekannten Schriftstellerinnen wie Isabel Allende oder der literarisch ausgezeichneten Gioconda

Belli, gibt es auch viele Texte von unbekannteren Autorinnen.

1991 erschien der Titel "Madre mia", Kontinent der Machos? - Frauen in Lateinamerika. Quer durch die Länder Südamerikas und deren soziale Schichten werden verschiedene Frauen portraitiert. Bekannte und neue Frauenprojekte sowie Selbsthilfeorganisationen werden vorgestellt. Thomas Kumpera hat zwei derartige Gruppierungen kennengelernt und in seinem Brief ausführlich darüber geschrieben. Im Buch "Madre mia" können Sie noch vieles mehr über die Gründe, Gedanken und Schwierigkeiten solcher Organisationen nachlesen.

Haben Sie Lust, mehr über den Frauenalltag in fernen Ländern zu lesen? Oder interessiert es Sie, zu erfahren, wie sich Frauen auf anderen Kontinenten organisieren um ihre Alltagsprobleme zu lösen? Dann sollten Sie die beiden Titel "Zum Beispiel Frauenalltag" und "Zum Beispiel Frauenprojekte" des Lamuv Verlages lesen. Dieser Verlag engagiert sich sehr für die Veröffentlichung von Texten aus der Dritten Welt und vor allem von Frauenliteratur. Er hat bereits verschiedene Reportagen von Frauen verlegt, die ihre eigenen Lebenserfahrungen niedergeschrieben haben. Carolina Maria de Jesus nimmt uns in ihrem "Tagebuch der Armut" in die Elendsviertel von Sao Paulo mit. In einer anderen Geschichte konfrontiert uns eine bolivianische Minenarbeiterin mit dem harten Los der Bergwerkerinnen in Südamerika. Ihre Lebensgeschichte widerspiegelt das Schicksal von tausenden anderer Arbeiterinnen in Südamerika. Mehr über die "Muchachas", Frauen und Mädchen, die als Dienerinnen ihren Lebensunterhalt bestreiten, erfahren sie im gleichnamigen Buch, welches auch bei Lamuv erschienen ist.

All diese Geschichten sind wertvol-

le Kulturdokumente, eine lohnenswerte Lektüre. Und vielleicht können sie wenigstens ein Stück weit zu einer differenzierteren Sicht der

Probleme dieses grossen Kontinentes beitragen.

Gisela Hauser-Trösch

Literaturhinweise

- Venzke, A., **Christoph Kolumbus**
Rororo Monographien 449, 1992, DM 10.80
- Bitterli, U., **Die Entdeckung Amerikas von Kolumbus bis Alexander von Humboldt**
C.H. Beck Verlag, 1991, DM 58.--
- Lewis, N., **Die Missionare**
Klett Cotta Verlag, 1991, DM 38.--
- Pater, S., **Der Bischof der Geknechteten: Dom José Rodrigues**
Lamuv Verlag, 1991, DM 19.80
- Goldstein, H., **Der Gekreuzigte Kontinent** 500 Jahre Evangelisation Lateinamerikas
Peter Hammer Verlag, 1991, DM 18.80
- Galeano, E., **Die offenen Adern Lateinamerikas**
Peter Hammer Verlag, 14. Aufl. 1991, DM 16.80
- Galeano, E., **Erinnerung an das Feuer**
Peter Hammer Verlag, 3 Bde einzeln DM 28.80, in Kass. DM 78.--
- Galeano, E., **Das Buch der Umarmungen**
Peter Hammer Verlag, 1991, DM 32.--
- **Madre mia**
Elefanten Press, 1991, Sfr. 29.80
- **Zum Beispiel Frauenalltag** Lamuv Taschenbuch 90, 1990, DM 9.80
- **Zum Beispiel Frauenprojekte** Lamuv Taschenbuch 68, DM 7.80
- De Jesus, C.M., **Tagebuch der Armut** Das Leben in einer brasilianischen Favela
Lamuv Taschenbuch 30, DM 14.80
- De Jesus, C.M., **Das Haus aus Stein** Die Zeit nach dem Tagebuch der Armut
Lamuv Taschenbuch 34, DM 14.80
- **Muchacha** - Die unsichtbaren Dienerinnen Lateinamerikas
Lamuv Taschenbuch 28, DM 12.80
- Viezzer, M., **Wenn man mir erlaubt zu sprechen**
Das Zeugnis der Domitila, einer Frau aus den Minen Boliviens
Lamuv Taschenbuch 27, DM 16.80
- Acebey, D., **Domitila - Das Zeugnis einer Frau aus den Minen Boliviens, Teil 2**
Lamuv Verlag, DM 24.--

STARHILFE FUER ZWEI SELBSTHILFEPROJEKTE VON OERTLICHEN WITWENORGANISATIONEN IN GUATEMALA

Wie können wir, die wir hier im schweizerischen Wohlstand leben, direkt den Menschen, die Not leiden helfen? Geld spenden und damit unser Gewissen beruhigen, scheint uns allen zuerst als eher unbefriedigende Lösung, zumal sehr oft angezweifelt werden kann, ob die Hilfsgelder dann auch bei den notleidenden Menschen ankommen. Trotzdem werbe ich hier für diese Sammelaktion, weil ich weiss, wohin dieses Geld gelangt und weil die Witwen der beiden Dörfern dadurch auch eine Solidarität zu spüren bekommen, die sie in ihrem Kampf gegen die Unterdrückung bestärkt. Es tut gut zu wissen, dass Leute aus aller Welt hinter ihnen stehen, dass allenfalls der internationale Druck auf die Mächtigen zunehmen würde, käme es zu neuen schlimmen Gewalt- und Unterdrückungstaten.

Die beiden Witwenorganisationen stellen sich hier in einer gekürzten Uebersetzung selber vor:

"Wir vom Komitee der Webefrauen 'Wajxaq'ib Kan' von Chuacruz, Gemeinde Solola, stehen in folgender Situation:

In unserer Gegend gibt es sehr viele Witwen, denen es an grundsätzlichen materiellen Ressourcen mangelt, hauptsächlich auf Grund der vielen Gewalttaten, die es für eine gewisse Zeit in unserer Region gab. Unsere Ehemänner wurden umgebracht und einige von uns haben kein Haus. Aus diesem Grund verlangt es das Letzte von uns, um überhaupt überleben zu können.

Das Geld, das wir durch den Verkauf der selbstgemachten Webereien auf dem Markt in Xela einnehmen wird auf ein Bankkonto gebracht, um es dann gleich wieder neu in Faden zu investieren. Aber unser Kapital ist klein, was wir verdienen reicht kaum, um unsere Kinder zur Schule schicken zu können, geschweige denn für neue Kleider.

Deshalb hoffen wir auf eine Hilfsunterstützung von Ihnen, mit der wir versuchen, unsere schweren Probleme, mit denen wir täglich konfrontiert sind, zu lösen."



Und die zweite Gruppe "Ak Kastamal" schreibt unter anderem:

"... Wir glauben, dass Sie unsere Situation verstehen werden. Die Produkte, die wir herstellen, verlangen viel Können und einen grossen Aufwand. Wenn wir auf den Markt gehen, können wir nicht genug verkaufen, weil wir mangels Kapital zu wenig verschiedene Produkte haben. Deshalb wenden wir uns an Sie und bitten um eine wirtschaftliche Unterstützung als Starthilfe."

Diese beiden Witwenorganisationen wollen ihr Schicksal selber in die Hand nehmen, um selbständig leben zu können. Ihre Fähigkeit, die Weberei, soll sie und ihre Kinder am Leben erhalten, doch fehlt ihnen ein Startkapital, um eine gewisse Auswahl an Stoffen und Kleidern zu produzieren und ohne Zwischenhändler so auf den Markt gehen zu können.

Der Gemeinderat Risch hat mit einer solidarischen Geste diese beiden Organisationen zu Beginn dieses Jahres bereits mit einer Spende unterstützt.

Wollen auch Sie diesen Frauen und damit auch ihren Kindern helfen, dann verwenden sie den beigelegten Einzahlungsschein. Bereits eine kleine Spende hat in Guatemala grossen Wert. Die Witwen von Solola und Quiché werden dafür sehr dankbar sein.

Thomas Kumpere

INTERVIEW MIT ARMANDO PEREZ, MITKÄMPFER VON "500 AÑOS"

Thomas: Wie realistisch sind die Hoffnungen für eine wirkliche Veränderung der Situation zu Gunsten der Indigenas und der anderen unterdrückten Menschen?

Armando: Ja, die Leute haben grosse Hoffnungen in die Kampagne, weil "500 años" es geschafft hat, die verschiedensten Organisationen, ethnische, religiöse und politische unter einen Hut zu bringen. Heute sind ca. 70 Organisationen der Kampagne in Guatemala angeschlossen. So entsteht eine nationale und kontinentale Solidarität dank "500 años". Die Situation ist heute anders als vor 10 Jahren: Es stehen nicht mehr einzelne führende Personen vorne, sondern es sind heute die verschiedensten Organisationen mit all ihren Leuten. Alle kämpfen sie für die Unterdrückten des amerikanischen Kontinents. Seit dem II. kontinentalen Treffen am 12. Oktober 91 hier in Guatemala heisst die Kampagne auch neu: "500 años de resistencia indigena, negra y popular", weil die Anliegen der schwarzen Bevölkerung nun auch mitgetragen werden. Die Kampagne will in erster Linie erreichen, dass diese unterdrückte Bevölkerungsschicht, hier in Guatemala speziell die Indigenas, ihr Selbstbewusstsein wiedererlangt und dass die Menschen zu ihrer Identität stehen. Dies ist eine wirkliche Veränderung und sie ist in vollem Gange.

Thomas: Konnten schon spürbare Erfolg erkämpft werden?

Armando: Wie gesagt, ist diese Veränderung des Bewusstseins vieler Unterdrückter bereits ein riesiger Erfolg, denn sie ist die Grundlage dafür, dass jeder einzelne sich sel-

ber zu wehren anfängt, sich organisiert gegen die Ungerechtigkeit, die ihm angetan wird. Jeder soll sich fragen: Woher bin ich? Wer bin ich? und wohin gehe ich? So wird klar, dass es ein langer Weg ist, der erkämpft werden muss.

Thomas: Besteht für die Organisation und für die einzelnen Leute daraus, z.B. für Dich, konkret keine Gefahr einer Repression durch die Regierung, resp. Militär?

Armando: Für die Organisation weniger als für einzelne von uns, weil "500 años" nicht an einzelnen Leuten aufgehängt ist, sondern ein ganzes Netz von Organisationen, resp. Leuten ist. Aber für uns als Personen, ja, da gibt es eine Gefahr. Wir sind uns alle, die mitarbeiten, bewusst, dass wir uns durch unsern Kampf der Gefahr aussetzen. Wir müssen ständig aufpassen, denn die Repression, wie sie vor nicht allzu langer Zeit Alltag war, ist wieder möglich. Trotzdem schätzen wir im Moment die Lage als eher ruhig ein, weil wegen der 500 Jahr-Feier der Rest der Welt die Augen auf Amerika richtet und sich die Regierungen weniger erlauben dürfen. Vermutlich nimmt die Gefahr nach 1992 wieder zu, wir hoffen allerdings alle, dass es nie mehr so wird wie vor 10 Jahren. Aber wie es dann wirklich sein wird, weiss heute niemand. Angst und Furcht sind allgegenwärtig, aber dies stärkt uns auch, dass wir weiterkämpfen müssen, wenn sich etwas ändern soll. Dabei sind wir uns alle bewusst, dass wir sterben könnten. Aber auch nach dem Tod eines Mitkämpfers geht der Kampf weiter, er wird sogar noch stärker, und neue Leute werden mitkämpfen.

Thomas: Wie reagiert die Familie auf diese radikale Denkweise?

Armando: Das ist tatsächlich ein grosses Problem: Wenn ich umgebracht würde, wäre meine Frau mit den Kindern alleine. Das geht nur, wenn die Frau versteht, wofür ich kämpfe. Aber es gibt sehr oft Situationen, wo ich selber überlegen muss, wo ich mich entscheiden muss, was wichtiger ist, der Kampf oder die Familie. Für uns in Guatemala ist diese Denkweise allerdings weniger radikal als wahrscheinlich für Euch. In Guatemala hat es 10'000 Witwen aus diesem Kampf, das ist die Realität. Diese Witwen arbeiten mit der Erinnerung an ihre Ehemänner und ihre Kinder wachsen in dieser Situation auf. Wenn ich umgebracht würde, ohne gekämpft zu haben, wäre es noch viel schlimmer.

Thomas: Besten Dank für dieses interessante Gespräch. Ich wünsch Dir alles Gute und Gesundheit und der Bewegung im Land viel Erfolg, dass möglichst viele Verbesserungen realisiert werden können.

Armando: Ich danke Dir und möchte hinzufügen, dass es für uns sehr wichtig ist, eine Solidarität zu spüren. Nicht eine Solidarität für mich oder eine einzelne Bevölkerungsgruppe, was ich meine, ist eine Solidarität für uns Unterdrückten in Guatemala und in den andern Ländern wie Chile oder Nicaragua.

PRO NEAT

Mit der Neuen Eisenbahn-Alpen-transversale kommt am 27. September ein sehr anspruchsvolles Abstimmungspaket vor das Volk. Seit einigen Wochen erscheinen in den Tageszeitungen regelmässig Berichte über dieses Thema. Ich fragte mich oft bei deren Lektüre, wie wir uns in Zukunft als Schweizer Bürger verhalten sollten: **“Global denken, lokal handeln”** oder **“lokal denken, global ignorieren?”**

Mit "Global" ist nicht nur Europa gemeint. Es bezieht sich auch auf unsere Umwelt nach dem Jahre 2010, auf den kombinierten Verkehr und auf unsere eigenen Interessen, bzw. Ansprüche in der Zukunft.

Warum brauchen wir eine NEAT? Betrachtet man die Landkarte, so sehen wir nördlich von uns das vereinte Deutschland, das sich zu einem gewichtigen Wirtschaftsland formiert hat. Im Süden Italien, das langsam aber konstant wirtschaftlich und auch vom Lebensstandard her gesehen, an Boden gewinnt. Es erübrigt sich zu erwähnen, dass in Zukunft ein grosser Anteil des Warenstromes der zwischen diesen beiden noch wachsenden Industrieländern ausgetauscht wird, über die Schweiz geht. Ob wir dies wollen oder nicht! Denken Sie an das Jahr 2010! Wir Schweizer können diese Entwicklung nicht aufhalten. Faktisch mitreden können wir nur mit der NEAT! Damit bekommen wir eine Alternative zum Strassenverkehr, die attraktiv, schnell und bequem ist. Zudem ist dies beinahe echter Umweltschutz! Wir können damit den Korridor für 40-Tonnen-Lastwagen vermeiden, behalten das Nacht- und Sonntagsfahrverbot bei und locken damit den Güterverkehr

durch eine wahre Alternative auf die Schiene. Reduzierter LKW-Verkehr bedeutet auch weniger Lärm und Schadstoffe für uns alle!

Aber nicht nur der Durchgangsverkehr gewinnt. Auch wir profitieren von einer schnelleren Verbindung. Natürlich kostet das alles eine schöne Stange Geld. Aber haben Sie gewusst, dass für den Nationalstrassenbau in den letzten 20 Jahren gleich viel ausgegeben worden ist, abgesehen von dem, was er noch alles verschlingen wird? Der Unterhalt eines Autobahntunnels kostet uns pro Jahr ca 300'000 Fr. pro Kilometer, ohne die Kosten der Ersatzteile!!!

Beim vorgelegten NEAT-Projekt handelt es sich um ein angemessenes Konzept, welches uns hilft, in Zukunft den Anschluss nicht zu verlieren. Die Streckenwahl gibt jedoch noch an einigen Orten Anlass zu heftigen Diskussionen. Durch die Integration von Beamten aus den entsprechenden Kantonen in die einzelnen Projektgruppen versuchte der Bund eine breite Abstützung aufzubauen.

Auch wenn wir am 27. September JA zur NEAT sagen, kann der Kanton in seinem Teilgebiet noch dreimal Stellung zum Projekt nehmen. Der Fahrplan würde wie folgt aussehen:

- bis 1993 Vorprojekt in Zusammenarbeit mit den Kantonen
- Ende 1993: Bundesrat wählt Variante nach Rücksprache mit Kanton
- 1994: Planaufgabeverfahren auf Gemeindeebene

Uns in Rotkreuz interessieren speziell die Lärmimmissionen. Dazu

steht in der Stellungnahme des Bundesrates: **“Zudem werden, gemäss Alpentransit-Beschluss, auch die Zulaufstrecken lärmtechnisch saniert.”** Das sollten wir uns merken! Damit wären wir beim **“global & lokal denken und handeln”** angelangt. Ich glaube, wir können uns ein Beispiel am visionären Denken unserer Vorfahren nehmen, als sie vor bald hundertzwanzig Jahren für einige Dampfzüge den Gotthardtunnel doppelspurig bauten.

Thomas Hauser, Buonas

Massnahmen aufgrund der Rischer Verkehrsumfrage

Einige gute Vorschläge aus der Bevölkerung anlässlich der Verkehrsumfrage wurden von der Verkehrskommission zur Verwirklichung dem Gemeinderat weitergeleitet. Sie wird im Bereich Dorfeinfahrt an der Meierskappelerstrasse ein elektr. Geschwindigkeitsmessgerät ("Blechpolizist") installiert, um den massiven Tempoüberschreitungen entgegenzuwirken. Dadurch wird die Lärmbelastung in diesem Wohngebiet abnehmen und vor allem die Sicherheit der Schulkinder verbessert. Im Dorf Rotkreuz sollen zur Sicherheit der Radfahrer auf der Meierskappelerstrasse, an der Buonasener/Luzernerstrasse sowie evt. auf der Küntwilerstrasse so rasch wie möglich Radstreifen mit Farbe markiert werden. Weitere Ideen, welche sich aus der Verkehrsumfrage herauskristallisierten, werden den dafür zuständigen Kommissionen zur Überprüfung und allfälligen Verwirklichung weitergeleitet.

KONTRA NEAT

Es ist logisch, die Neat zu bauen. Es ist auch nach den heute geltenden Regeln der Wirtschaft zwingend, die Neat zu bauen. Und trotzdem ist es meiner Meinung nach falsch.

Das Ausmass der gegenwärtigen Verkehrsprobleme ist bekannt. Ebenso ist es klar, dass die Probleme in Zukunft - ganz gleich, wie wir heute darauf reagieren - noch um einiges grösser werden. Der wirtschaftliche Anschluss Osteuropas, - mit oder ohne EG -, wird die Verkehrsflut bei uns nicht nur verdoppeln, sondern vervielfachen, wenn wir dies zulassen, d.h. wenn wir ihr Platz machen. Sicher ist nur eins, dass sich Verkehrsprobleme nicht durch noch mehr Verkehr lösen lassen.

Das gefährliche an der Neat ist, dass sie Versprechungen macht und Hoffnungen weckt, die sie gar nicht erfüllt. Die Argumentation der Befürworter ist verlogen. Dies ist ein hartes Wort, aber wie soll ich eine Argumentation bezeichnen, die an der Oberfläche etwas vortäuscht, was bei näherem Zusehen auf das genaue Gegenteil hinausläuft.

Zwei Beispiele:

Die NEAT verspricht oder weckt die Hoffnung, dass der Schwerverkehr auf Strassen und Autobahnen abnimmt, weil er auf die Schiene verlagert wird. Da der Bund aber nach wie vor die freie Wahl des Verkehrsmittels garantiert, wird der Lastwagenverkehr auf der Strasse weiter zunehmen.

Zusätzlich wird im schweizerischen Mittelland noch der Schwerverkehr anfallen, der auf Strassen und Autobahnen zu den vier Tunnelleinfahrten am Fuss der Alpen unterwegs ist.

Ein anderes Beispiel von verlogener Argumentation: Bundesrat Ogi beruhigt in einem Interview in der vorletzten SBB-Revue, dass die Neat dem Regionalverkehr kein Geld wegnehme, da die Geldmittel für die Neat aus anderen Quellen stammten. Dies stimmt dem Buchstaben nach, die Wirklichkeit aber sieht anders aus. Für den Ausbau eines leistungsfähigen Regional- und Personenverkehrs ist heute schon zu wenig Geld da, wie diverse Stilllegungspläne und Rationalisierungsmassnahmen zeigen, oder wie es der Bundesrat erst kürzlich wieder mit Budgetstreichungen im Sektor Verkehr bestätigt hat. Indirekt nimmt aber die Neat dem Regionalverkehr sehr wohl die finanzielle Basis weg, denn ein ernstgenommener öffentlicher Verkehr müsste einen Teil des Geldes, das in der Neat "verlocht" wird, für seinen Ausbau bekommen.

Dass nicht nur der Bau, sondern auch der Betrieb der Neat in einer finanziellen Katastrophe enden würde, haben inzwischen nicht nur Grüne, sondern auch einige bürgerliche Politiker eingesehen (ich meine hier nicht die Auto-Partei, usw.). Trotz Defiziten noch und noch soll weiter noch mehr Geld ausgegeben werden. Würde ein Privater so halten, ein Familienvater oder erst recht eine alleinerziehende Mutter, sie würden längst bevormundet. Und diese Riesenkosten werden kein Ende nehmen, denn der Transitvertrag verpflichtet, den Bahntransit nicht teurer als den Strassentransport anzubieten. Und dass ein derart subventionierter Betrieb in alle Zukunft Unsummen verschlingen würde, verschweigen verständlicherweise die Befürworter.

Und wofür brauchen wir eigentlich die Neat? Damit vor allem internationale Grossunternehmen ihre Produkte bei der Herstellung beliebig verschieben können, damit sie mehr Gewinn machen, selbstverständlich auf Kosten der Lohnempfänger. Dass sie ihre Produktion von einem Land ins andere verlegen, wenn sie die Herstellungskosten (= Löhne) tiefhalten wollen und damit die Arbeitnehmer und Regierungen erpressen können?

NEIN, sage ich, dafür brauche ich keine NEAT. Es ist nicht viel. Aber auch Sie brauchen nicht mehr zu sagen. Am 27. September 1992.

P.S. Auch ich war anfänglich ein Befürworter der Neuen Alpentransversale. Je mehr ich mich jedoch damit beschäftigte, um so stärker wurde bei mir die Überzeugung, dass die Neat keine Lösung ist.

Joseph Bürgler

Orientierungsversammlung über die KVA Fänn

Am Montag, 28. September 1992, 20.00 Uhr, findet im Zentrum Dorfmat in Rotkreuz eine Orientierungsversammlung zur geplanten Kehrlichtverbrennungsanlage im Fänn statt.

Auf Einladung des Gemeinderates Risch orientiert die Arbeitsgruppe KVA Fänn über den Stand der Projektierung und steht der Bevölkerung Red und Antwort.

Besuchen Sie diese Veranstaltung und lassen Sie sich aus erster Hand informieren.

17. Oktober 1992 in Zug:

Aktionstag gegen Fluchtgelder

Im Rahmen der in der ganzen Schweiz durchgeführten Fluchtgeldwoche wird an diesem Tag auf die Problematik der Fluchtgelder aus der Dritten Welt in der Schweiz, vor allem auf (Nummern)-Konten bei Schweizer Banken, ein kritischer Blick geworfen.

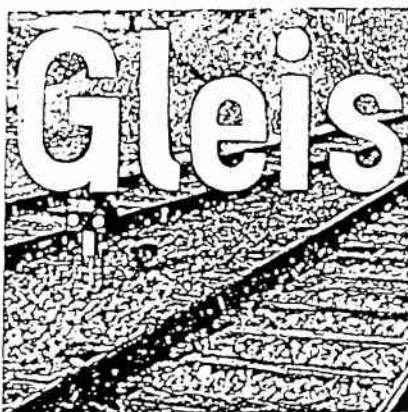
Gemeinsames Mittagessen mit Regierungsrat Hanspeter Uster

Politik spielt sich nicht im luftleeren Raum ab. Das gilt insbesondere auch für Regierungspolitik. Um nicht immer nur im Büro Kontakte mit Menschen zu haben, möchte Regierungsrat Hanspeter Uster so ca. einmal im Monat allen Interessierten Gelegenheit zu einem gemeinsamen Mittagessen (12.00 Uhr) im Restaurant Taube in Zug geben.

Nächste Daten:

Freitag,	25. September	1992
Dienstag,	27. Oktober	1992
Freitag,	20. November	1992
Mittwoch,	16. Dezember	1992

Politische Arbeitsgruppe Risch



filmzyklus

500 JAHRE AMERIKA
LATEINAMERIKA

Unterägeri

Madre Tierra

Montag, 28. September 1992, 20.00 Uhr,
Pfarreiheim Sonnenhof, Unterägeri

Baar

Weltmacht Kaffee

Freitag, 23. Oktober 1992, 20.00 Uhr,
Rathus-Schüür, Baar

Hünenberg

La Mirada de Miriam

Donnerstag, 29. Oktober 1992, 20.00 Uhr,
Pfarreiheim, Hünenberg

Cham

La Nacion Clandestina

Dienstag, 10. November 1992, 20.00 Uhr,
Pfarreiheim, Cham

Zug

Ermordet meine Kinder nicht

Freitag, 20. November, 20.00 Uhr,
Tag der Rechte des Kindes
Evang.-ref. Kirchgemeindehaus, Zug



Eintritt frei - Türkollekte!